

Aktionsbündnis Trassengegner

Pressemitteilung vom 2. August 2022



Proteste gegen die Juraleitung gehen weiter

Das Aktionsbündnis Trassengegner und die in ihm organisierten Bürgerinitiativen entlang der Juraleitung sehen sich gut aufgestellt für weitere Proteste und Maßnahmen gegen die Juraleitung im kommenden Herbst. Am 26. Juli 2022 fand anlässlich eines Infomarktes der Firma Tennet eine Mahnwache statt, mit der die Trassengegner ihrer grundsätzlichen Ablehnung gegen das Projekt Nachdruck verliehen.

Infoveranstaltungen finden nicht an Brennpunkten statt - Lautstarker Protest in Schwarzenbruck

Die Betroffenheit der Menschen entlang des Juraleitungs-Neubaus ist immens, und viele Landwirte fürchten, die Grundlage für ihre Existenz zu verlieren. Besonders zynisch erscheint es deshalb, dass Tennet mit keinem der Infoveranstaltungen oder Infomärkte direkt vor Ort an die Brennpunkte des Geschehens gegangen ist, obwohl der Altdorfer Bürgermeister Martin Tabor dies im Vorfeld vom Übertragungsnetzbetreiber explizit gefordert hatte.

"Wenn die Firma Tennet nicht zu uns kommt, kommen wir eben zu ihr", war deshalb auch das Motto der Mahnwache vor dem Infomarkt in Schwarzenbruck, bei der rund 50 Teilnehmer am 26. Juli 2022 ein klares Zeichen gegen die Juraleitung setzten. Auch Bürgermeister Tabor und Altdorfer Stadträte waren zur Unterstützung vor Ort.

Tennet versucht es mit dem Pfeifen im Walde

Dass ein Tennet-Sprecher jetzt in einem öffentlichen [Pressestatement](#) das Resümee zieht, es hätte bei den Veranstaltungen zur Juraleitung in den letzten zwei Wochen "keine lautstarken Proteste" gegeben, ist eine bemerkenswerte Verdrehung der tatsächlichen Ereignisse. "Dass das lautstarke Pfeifkonzert und die Reden vor dem Info-Markt in Schwarzenbruck von den Mitarbeitern der Firma Tennet überhört werden konnten, ist auszuschließen", stellt Aktionsbündnis-Sprecherin Dörte Hamann fest. "Auch in den Veranstaltungen mit der Firma Tennet, die nur für einige BI-Vertreter veranstaltet wurden, ging es teilweise emotional hoch her", ergänzt Hamann. "Pressesprecher Lieberknecht versucht sich mit dem Pfeifen im Walde. Der Druck auf die Firma Tennet ist enorm. Die Proteste vor Ort sind aber nicht wegzudiskutieren, sondern finden statt".

Gerade auch im ersten Halbjahr 2022 war das Aktionsbündnis Trassengegner aktiv, um mit Demonstrationen und Mahnwachen gegen den Bau der Juraleitung klare Zeichen zu setzen (siehe [Demo](#) auf der Dörlbacher Au am 23.05.22 mit rund 400 Teilnehmern und regelmäßige [Mahnwachen](#) in Ludersheim bei Altdorf). Dabei wurde es seitens der Kommunalpolitik unterstützt.

Aktionsbündnis sieht Effekte durch Betretungsverbote

Ein besonders effektives juristisches Mittel sind Betretungsverbote entlang der geplanten Trasse, zu dem [Online-Infoabende](#) am 20. Januar und 3. Februar 2022 veranstaltet wurden. Mit [Betretungsverboten](#) konnten viele Grundstückseigentümer Tennet davon abhalten, Untersuchungen vor Ort durchzuführen. Dadurch verzögern sich die Planungen der Juraleitung und des Umspannwerkes in Ludersheim weiterhin. Das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens stimmt die Trassengegner in mancher Hinsicht sogar positiv, denn die Firma Tennet wird mit einer Vielzahl von Auflagen belegt, die eine Realisierung des Projektes massiv beeinträchtigen und in der Folge zu einer Verschiebung der Trasse führen könnten. Das Ende des Raumordnungsverfahrens bedeutet nicht, dass die Juraleitung damit genehmigt ist. Die Bürgerinitiativen bleiben bei ihrer Forderung: "[Keine Trasse, nirgends!](#)".

Steigende Stromkosten und drohende Stromlücke in der EU müssen zu Umdenken beim Netzausbau führen

Das Aktionsbündnis Trassengegner sieht sich durch die Energiekrise in der Forderung bestätigt, dass eine Abhängigkeit von Strom aus dem Ausland und der teure Transport über weite Strecken nicht die Lösung für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung sein kann. Es fordert für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit einen beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien und Speichern vor Ort. Ganz besonders wichtig ist dabei der Ausbau der [Verteilnetze](#), den das Aktionsbündnis ausdrücklich befürwortet.

Für Rückfragen:

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Tel. 01573 2618073

E-Mail: pressestelle@stromautobahn.de

Internet: www.stromautobahn.de

Facebook: Aktionsbündnis Trassengegner

Anhang zur Pressemitteilung

Warum Netzausbau neu gedacht werden muss

- **Der Netzentwicklungsplan (NEP) weist eine Reihe von erheblichen Defiziten auf:**
Teurer Übertragungsnetzausbau statt kostengünstiger produktionsnaher Nutzung.
Zur Nutzung von Stromüberschüssen gibt es kostengünstigere Alternativen. Diese werden nicht berücksichtigt.
Bundesweite und europaweite Stromdefizite können durch mehr Netzausbau nicht behoben werden. Der Netzentwicklungsplan riskiert die sichere Stromversorgung Deutschlands.
Der Netzausbau führt mit den vorliegenden Planungen erkennbar nicht zu einem System für 100 % Erneuerbare Energien, sondern stärkt den europäischen, fossil-atomaren Stromhandel.
Die durch die EU-Taxonomie angestrebte Renaissance der Atomkraft geht zulasten von Erneuerbaren, die deshalb verstärkt abgeschaltet werden müssen (siehe Studie Energy Brainpool).
Der geplante Netzausbau dient deshalb nicht der Beschleunigung der Energiewende, im Gegenteil, er behindert den Ausbau von EE.
Der geplante Netzausbau ist kontraproduktiv für Klimaschutz und Umweltschutz.
- **Schlussfolgerung: Der geplante massive Ausbau des Übertragungsnetzes ist nicht erforderlich, sondern muss verhindert werden.**
Der Netzentwicklungsplan muss von neutraler Stelle grundlegend neu berechnet werden.
Sinnlose Investitionen in Milliardenprojekte beim Übertragungsnetz-führen zu einem unnötigen, massiven Anstieg der Strompreise und zu sozialer Ungerechtigkeit.
Die politischen Anstrengungen, finanziellen Mittel, Rohstoffe und benötigten Arbeitskräfte im Bereich Netzausbau müssen zwingend auf die Verteilnetze und den verbrauchsnahe Ausbau von EE umgeleitet werden.